

Die öffentliche Konsultation ist auf großes Interesse gestoßen. Es gingen Antworten von mehr als 200 Einzelpersonen und eine große Zahl an Petitionen ein. Alle im Rahmen der öffentlichen Konsultation eingegangenen Einzelantworten wurden veröffentlicht - http://circa.europa.eu/Public/irc/taxud/consultation_taxation/library.

Die Antworten wurden in sechs Interessengruppen unterteilt, die mit der entsprechenden Zahl an Beiträgen im Folgenden aufgeführt werden:

Registrierte Finanzinstitute	
Banken	16
Finanz-/Wertpapiermärkte	10
Fonds-/Vermögensverwaltung	5
Versicherungen	9
Finanzsektor im Allgemeinen	2
Gegenseitigkeitsgesellschaften	2
Immobilienfirmen (mit Verbindungen zum Finanzsektor, z. B. Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen)	1
Total	45

Registrierte nicht-finanzielle Organisationen	
NRO	14
Gewerkschaften	17
Industrie/Realwirtschaft/KMU	8
Buchführung/Steuerberatung	5
Immobilienfirmen (allgemein, d. h. nicht nur Firmen mit Verbindungen zum Finanzsektor)	1
Total	45

Nicht registrierte Finanzinstitute	
Banken	12
Finanz-/Wertpapiermärkte	3
Fonds-/Vermögensverwaltung	5
Versicherungen	1
Immobilienfirmen (mit Verbindungen zum Finanzsektor, z. B. Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen)	1
Total	22

Nicht registrierte nicht-finanzielle Organisationen	
NRO	31
Gewerkschaften	17
Industrie/Realwirtschaft/KMU	5
Buchführung/Steuerberatung	3
Immobilienfirmen (allgemein, d. h. nicht nur Firmen mit Verbindungen zum Finanzsektor)	2
Fraktionen/Parteien	5
Total	63

Behörden	
Zentralregierung/Finanzministerium	4
Zentralbanken	3

Regionale Behörden	10
Total	17

Bürger	
Beiträge von Einzelpersonen	21
Petitionen	3411

Total einzelnen Einreichungen	213
Total Einreichungen (einschließlich Petitionen)	3624

Standpunkte der interessierten Kreise im Allgemeinen

Gemeinsame Punkte

Insgesamt betrachtet, gehen die Meinungen der im Rahmen der oben genannten öffentlichen Konsultation Befragten abhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder Untergruppe stark auseinander. Dennoch muss hervorgehoben werden, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten darin übereinstimmt, dass das von den Mitgliedstaaten eingeführte Maßnahmenflickwerk ein Problem darstellt, das sehr häufig mit möglichen Verzerrungen im Binnenmarkt (einschließlich Standortverlagerung und Doppelbesteuerung) und unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in der EU einhergeht. Zudem waren sich die Teilnehmer darüber einig, dass die Gründe für die Finanzkrise in einem unangemessenen Risikomanagement, in unzureichenden Anreizregelungen sowie in der umfassenden Deregulierung und mangelhaften Aufsicht liegen.

Finanzinstitute, Unternehmen und Beratungsunternehmen

Registrierte Finanzinstitute, nicht registrierte Finanzinstitute und die Untergruppen Unternehmen, Buchführung/Beratung und Immobilien lehnen grundsätzlich sämtliche zusätzliche Steuerbelastungen für den Finanzsektor oder die Finanzmärkte im Allgemeinen ab.

NRO und Gewerkschaften

NRO und Gewerkschaften (registrierte und nicht registrierte) sprechen sich nachdrücklich für eine auf breiter Bemessungsgrundlage und auf EU-Ebene erhobene Finanztransaktionssteuer aus (aus einigen Beiträgen wird ersichtlich, dass auch eine auf die Eurozone beschränkte Erhebung akzeptiert werden würde). Die NRO nehmen in Bezug auf eine Finanzaktivitätssteuer eine weitestgehend neutrale Position ein, solange die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer dadurch nicht in den Hintergrund gedrängt wird. Einige Gewerkschaften sind eindeutig gegen eine Finanzaktivitätssteuer, da sie diese vor allem als Besteuerung der Arbeit erachten.

Behörden

Behörden, Zentralbanken und ein Mitgliedstaat sprechen sich eindeutig sowohl gegen die Finanztransaktionssteuer als auch gegen die Finanzaktivitätssteuer aus. Zwei weitere Mitgliedstaaten würden einer Finanztransaktionssteuer im Großen und Ganzen zustimmen, wobei einer dieser Mitgliedstaaten eine solche Steuer auf EU-Ebene in Form einer Steuer auf Devisengeschäfte akzeptieren würde. Der vierte Mitgliedstaat spricht sich ebenfalls gegen

eine EU-weite Lösung aus und tendiert eher zu einer Finanzaktivitätssteuer zur Besteuerung von Einkünften auf globaler Ebene. Die regionalen Behörden (größtenteils Vertreter im Ausschuss der Regionen) befürworten eine auf breiter Bemessungsgrundlage erhobene Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene.

Bürger

Aus den Einzelbeiträgen der Bürger und der großen Zahl an Petitionen geht hervor, dass im Allgemeinen eine auf breiter Bemessungsgrundlage erhobene Finanztransaktionssteuer befürwortet wird.